

Dezernent Dr. Rudersdorf verwies auf die Vorlage und führte dazu aus, dass man drei sehr dynamische Monate hinter sich habe. Es habe sehr häufig Änderungen der Vorgaben des Robert Koch-Instituts sowie der gesetzlichen Vorschriften gegeben.

Die von Bund und Land zur Verfügung gestellte Software „SurvNet“ sei nicht für so eine enorme Belastung ausgelegt gewesen. Die Mitarbeiter/innen des Bevölkerungsschutzes, des Amtes für Recht und Ordnung und vor allem des Gesundheitsamtes hätten außergewöhnliches geleistet.

Es habe im Rhein-Sieg-Kreis insgesamt 1.452 bestätigte Infektionen sowie 50 Tote gegeben.

Aktuell gebe es 16 infizierte Personen im Kreisgebiet. Dies könne auch die Ruhe vor dem Sturm sein. Da Reisen zurzeit wieder möglich sei, könne dies künftig Auswirkungen auf die Infektionszahlen haben. Es müsse im Herbst mit einer 2. Infektionswelle gerechnet werden. Hierauf habe man sich jedoch entsprechend vorbereitet. Es sei eine Fachstelle „COVID“ innerhalb des Gesundheitsamtes unter der Leitung von Herrn Thomas gegründet worden. Er optimiere aktuell die Abläufe. Schwerpunkte seien: Kontaktpersonenermittlung und Unterstützung von Einrichtungen (Heime, Krankenhäuser, etc.).

Das Helmholtz Institut habe die Software „Sormas“ zur Bekämpfung von Ebola in Afrika entwickelt. Man sei eine der ersten Behörden, die diese Software (entsprechend angepasst) nun für die Kontaktpersonen-Nachverfolgung bei Corona nutzen werde.

Dezernent Schmitz verwies auf die neue Corona-Warn App, die eine Bekämpfung der Pandemie unterstützen werde. Die Kontaktpersonenverfolgung sei der Schlüssel zum Erfolg bei der Bekämpfung der Pandemie. Sie sei aber auch am zeitintensivsten.

Die stellv. Vorsitzende, Frau Viehmann, dankte für den Einsatz des Gesundheitsamtes.

Abg. Schmitz stellte heraus, dass sich die ganze Welt in einer besonderen Ausnahmesituation befinde. Dies berücksichtigend habe die Kreisverwaltung hervorragende Arbeit geleistet. Natürlich gebe es angesichts des erstmaligen Umgangs mit so außergewöhnlichen Rahmenbedingungen Verbesserungspotential; dies sei auch erkannt und es würden stetig Anpassungen umgesetzt. Er lobte die Arbeit der beteiligten Bereiche. Es werde sich zeigen, wie sich die aktuellen Maßnahmen auf die Infektionszahlen auswirken werden. Auch Bund und Land hätten kurzfristig wichtige Entscheidungen treffen müssen. Dies sei eine Herausforderung für alle.

Abg. Waldästl dankte Herrn Dr. Rudersdorf und der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Der Blick nach vorne sei wichtig. Man habe die 1. Welle gut überstanden, da es eine hohe Verantwortungsbereitschaft in der Bevölkerung gegeben habe.

Der Umgang mit den Heimen, bzw. Gemeinschaftseinrichtungen (bspw. CBT-St. Augustin, ZUE, etc.) werfe jedoch viele Fragen auf. Gerade dort habe es die meisten Todesfälle gegeben.

Er erfragte, ob es bereits diesbezüglich Strategien für die Zukunft gebe.

Weiterhin müsse man nach außen einen geschlossenen Rhein-Sieg-Kreis darstellen. Es könne nicht sein, dass man nach einer Pressekonferenz in zwei unterschiedlichen Zeitungen unterschiedliche Statements lesen könne, die auch nicht klargestellt werden.

Zu dem Punkt „Personalzuführung“ sei in einem Interview im WDR gesagt worden, dass man den Personalbedarf aus eigenen Bereichen der Verwaltung decken werde, wenn die Kommunen das Personal nicht zur Verfügung stellen würden. Dies sei nicht umsetzbar. Man sei über solche Aussagen überrascht, gerade wenn man am nächsten Tag im General Anzeiger das Gegenteil lesen könne. In der Kommunikation nach außen bestehe durchaus Verbesserungspotential.

Man habe als Politik einvernehmlich beschlossen, dass der Kreis die Kosten für die Testungen übernehme, solange es keine andere Regelung gebe. Man habe eine Reihentestung gewollt, allerdings werden im Rhein-Sieg-Kreis nur Einzelfalltestungen durchgeführt.

Es gebe auch noch immer Unklarheiten bei Ärzten bezüglich der Finanzierung. Auch gegenüber den Ärzten vor Ort müsse die Kostenübernahme deutlicher kommuniziert werden.

Dezernent Schmitz führte aus, dass man in den Heimen im Rhein-Sieg-Kreis präventiv sehr viel unternommen habe. Es seien viele Siegel hinsichtlich des Hygiene- und Infektionsschutzes vergeben worden. Die Heime seien immer gut beraten worden. Dennoch habe auch dies Ausbrüche nicht verhindern können.

Man habe die sich ständig ändernden Empfehlungen des RKI gestellt sowie die entsprechenden Gesetze, Verordnungen und Erlasse kurzfristig umgesetzt.

Bei Gemeinschaftseinrichtungen, die unter der Federführung der Bezirksregierung ständen, sei die Verwaltung nur für Segmente in der Ausführung verantwortlich.

Es seien ca. 4.000 Testungen durchgeführt; aktuell sei nur eine sehr kleine Anzahl der Testungen positiv. Die Ärzte hätten signalisiert, dass man lieber gezielter teste als Reihentestungen symptomfreier Personen vornehme.

Bezüglich der Kommunikation mit den Medien empfehle er, diese Thematik direkt mit dem Landrat und der Pressestelle zu besprechen.

Dezernent Dr. Rudersdorf bestätigte die Problematik hinsichtlich der sich ständig ändernden Informationslage.

In einer Telefonkonferenz habe das Landesgesundheitsministerium NRW mitgeteilt, dass die symptomunabhängigen Reihentestungen medizinisch nicht sinnvoll seien, da sie nur eine Momentaufnahme darstellen würden. Man wolle die Ressourcen auf das Wesentliche konzentrieren und den Kreistagspolitikern eine sinnvolle Empfehlung geben.

Abg. Balansky bestätigte, dass man in einer besonderen Situation sei. Man müsse in die Zukunft sehen.

SkE Klippel wünschte sich zukünftig eine bessere Kommunikation zwischen den unterschiedlichen Ebenen. Er befürchte, dass die vollständige Verantwortung nur noch auf die Einrichtungsleitungen abgeschoben werde.

SkB Ihrig bestätigte, dass es Unsicherheiten in den Praxen gegeben habe. Die Kommunikation solle zukünftig stringenter erfolgen. Man müsse vor allem die Risikogruppen im Blick behalten und auch besonders auf die Heimbewohner schauen, die teilweise stark isoliert seien.